

Apokalypse jetzt

In Bremen beschränkt sich Politik auf Mangelverwaltung, sparen ist angesagt – das aber kann tödliche Folgen haben

Bremen – Der vergangene Dienstag hatte für Renate Jürgens-Pieper ganz gut begonnen. Im Rathaus empfing die SPD-Politikerin in ihrer Rolle als Bildungssenatorin des kleinsten Bundeslandes vormittags die besten Abiturientinnen des zu Ende gegangenen Schuljahres, 81 junge Männer und Frauen mit einem Notendurchschnitt von 1,0. Danach aber ging's bergab: Mittags übergaben Gewerkschaftler der Senatorin und ihrem Chef, Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD), 5000 Protestunterschriften gegen den Sparkurs in der Bildung. Dann kündigte Horst Seehofer (CSU) die Klage Bayerns gegen den Länderfinanzausgleich an, Ziel: Kein Geld mehr aus München unter anderem für Bremen. Und schließlich saß Jürgens-Pieper, nun als Gesundheitssenatorin, auch noch bis in die Nacht hinein als letzte Zeugin vor den Untersuchungsausschuss, der den von Keimen verursachten Tod dreier Frühchen im städtischen Klinikum Bremen-Mitte aufzuklären versucht. Der Verdacht: die Hygiene im Krankenhaus wurde weggespart.

Renate Jürgens-Pieper, 61, ist eine robuste Frau, die derzeit aber auch viel aushalten muss – wahrscheinlich mehr als jede andere Politikerin in Deutschland. Für die Verantwortliche für Bildung und Gesundheit im vollkommen überschuldeten Haushaltsnotlageland Bremen hat Politik dieser Tage tatsächlich apokalyptische Züge. Irgendwo scheint immer jemand gegen sie oder ihre Politik zu demonstrieren.

„Endzeitstimmung“ hat etwa der Zentral-Elternbeirat in der Stadt ausgemacht. Aufgrund von Sparbeschlüssen kann die Zahl der Lehrkräfte nach den Sommerferien nicht in dem Maße aufgestockt werden wie bisher geplant. Ständig demonstrieren, Lehrer, Schüler und Eltern gegen den Unterrichtsausfall und die Reduzierung von Bildung auf eine Mindestversorgung. Auf dem Marktplatz stehen dann, wie vergangenen Samstag, Menschen, die mit Kochlöffeln in leeren Töpfen rühren. Bilder wie aus Griechenland sind das, Bilder von Not. Weil sie dieses Chaos angerichtet habe, verlangt die CDU den Rücktritt der Schulsenatorin Jürgens-Pieper. Die sagt,

der Bildungsetat sei „nicht üppig, aber auch nicht katastrophal“ ausgestattet. Lehrer-Gewerkschaft und Eltern klagen dennoch, dass jeder Bedarf mit Hinweis auf leere Kassen abgelehnt werde.

Jürgens-Pieper erlebt, wie ihre Senatskollegen auch, Politik als Mangelverwaltung: Bremen als Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung (mehr als 28 000 Euro) hat kaum noch Möglichkeiten, die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Die rot-grüne Regierung von Bürgermeister Böhrnsen muss sich nach der Decke strecken und Sparquoten erfüllen, auch um Zuschüsse vom Bund wegen der festgestellten Haushaltsnotlage nicht zu gefährden. Das sind tatsächlich Verhältnisse, die denen in Griechenland ähneln. Nun durch die bayerische Klage gegen den Länderfinanzausgleich indirekt als Schmarotzer hingestellt zu werden, verletzt die Bremer. „Bremen wird sich selbstbewusst wehren“, sagt Bürgermeister Böhrnsen. Bremen erwirtschaftet

viel, behalte davon durch eine ungerechte Steuerverteilung jedoch wenig.

Doch dieses Selbstbewusstsein ist schwer angeslagen in Zeiten, in denen die Staatskasse fast nur noch zahlen kann, wozu sie verpflichtet wird. So freuten sich am Mittwoch Politiker des Landes Bremen über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerber-Leistungsgesetz, obwohl es das mit mehr als 18 Milliarden Euro verschuldete Land jährlich noch mal 1,6 Millionen Euro mehr kosten wird. Politisch findet Rot-Grün mehr Geld für Asylbewerber richtig, auch wenn das Land freiwillig nie hätte mehr zahlen können.

Ähnliches passiert in der Verkehrspolitik, wo Bremen für den Weiterbau einer Autobahn einen Tunnel braucht. Die Frage, ob die Röhre nach den Erfordernissen des maximalen Schutzes für Anwohner oder nach den geringsten Kosten fürs Stadtsäckel gebaut wird, hat der Bund beantwortet: Nur für die kurze Variante gibt es hohe Zuschüsse. Bremen hat keine Wahl.

Die Zuständigkeiten von Renate Jürgens-Pieper halten besonders viele solcher Grausamkeiten bereit, Bildung und Gesundheit sind teuer – und Sparen kann fatale Folgen haben. An dem städtischen Klinikum, an dem 2011 mindestens drei Frühchen wegen einer Keiminfektion gestorben sind, sei wohl vor ihrer Zeit „bei den Ärzten und Pflegekräften zu schnell“ gespart worden, sagte Jürgens-Pieper vor dem Untersuchungsausschuss. Das ist nicht der einzige Grund für die tödliche Infektionswelle – aber eben auch ein Grund.

Notstand in Bremen: Nicht einmal die Auslegeware im Rathaus bezahlt das Land noch selbst. Der Bodenbelag im Senatsaal, 25 Jahre alt und von Motten zerfressen, wird nur deshalb dieser Tage durch einen neuen ersetzt, weil das historische Rathaus der Hansestadt zum Weltkulturerbe zählt. Da zahlt der Bund mehr als 90 Prozent des 110 000 Euro teuren, in Nepal aus 19 Millionen Knoten handgeknüpften Teppichs.

RALF WIEGAND



Zeugin im Ausschuss: Bremens Gesundheitssenatorin Renate Jürgens-Pieper (rechts) gab vor den Abgeordneten der Bürgerschaft Fehler zu: Bei den Ärzten und Pflegekräften sei wohl zu schnell gespart worden – allerdings vor ihrer Amtszeit. FOTO: CARMEN JASPERSEN/DPA